

# GAL Kamen

Klaus Dieter Grosch

## Haushaltsrede zum Haushalt 2007 Ratssitzung am 14. Dezember 2006

Der uns vorliegende Haushalt für das Jahr 2007 ist ein Sparhaushalt. Die Haushaltssicherung – und damit ein Verlust an finanzieller kommunaler Selbstständigkeit – droht. In nahezu allen Bereichen müssen Kürzungen hingenommen werden.

Es wird gekürzt in Bereichen, die das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt bestimmen:

bei den Schulen um 17 %

bei der VHS um 9 %

bei der Musikschule um 10 %

bei der Stadtbücherei um 28 %

beim Haus der Stadtgeschichte um 22 %

beim Denkmalschutz um 44 %

beim Umweltmanagement um 61 %

beim ÖPNV um 3 %

bei den „Sozialen Hilfen“ um 6 %

in der Kinder- und Jugendarbeit um 30 %

aber auch bei den Senioren um 1 %

in der Gleichstellungen um 30 %

bei den Sportanlagen um 54 %

Und ~~das~~ trotz steigender Einnahmen, denn die Konjunkturerholung ist auch an Kamen nicht mehr vorbei gegangen, *inf der Haushalt nicht*  
Dazu werden Investitionen auf die Folgejahre verschoben. *unmöglich!*

Alarmierend ist jedoch Anderes: Im letzten Jahr konnte ich trotz Sparrunde feststellen: Es werden keine Institutionen im Bereich von Sozialem, Bildung und Kultur aufgegeben.

Das ist nun nicht mehr so!

Durch die Streichung der Landesmittel wird die KFF aufgegeben! Es steht in den Sternen, ob die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Teilen geleistet werden kann. In der KFF haben Frauen für Frauen gearbeitet – die Thematisierung der Geschlechterrolle für die Berufsausbildung und -wahl war dort immer ein Thema. Das ist nun – so fürchte ich (und ich glaube einige hier im Rat sind ganz froh darüber) vorbei.

Der Kreis bewirkt durch seine Haushaltsplanungen das Aus für Wildwasser.

Diese Strukturen werden ein für allemal zerschlagen!!

Dabei brauchen wir in einer Zeit, in der Begriffe wie „Unterschicht“ und „ausgegrenztes Prekariat“ den Zustand der gesellschaftlichen Unausgewogenheit nur sehr unzureichend beschreiben, soziale, bildende und kulturelle Einrichtungen. Und wir werden für deren Erhalt kämpfen!

Denn viele städtische oder von der Stadt unterstützte Einrichtungen sind auch soziale Einrichtungen: die Kindergärten und die Schulen ebenso wie die Erziehungsberatungsstelle und das Jugendkulturcafe ebenso wie die Musikschule, das Museum, die Ferienfreizeiten oder das Mittagessen an den Ganztagschulen.

Das sind öffentliche Aufgaben, deren Finanzierung immer mehr auf Vereine abgewälzt wird, in denen engagierte Menschen den Zusammenbruch der sozialen Versorgung versuchen abzufedern.

Zu den Pfeilern der Grundversorgung gehört ebenfalls der ÖPNV – dessen Stützung ist nicht nur sozial, sondern auch ökologisch dringend geboten. Demnächst werden hier höhere Kosten auf die Städte zu kommen, denn auch die Menschen, die demnächst bis 21 oder 22 Uhr arbeiten müssen, sollten doch die Möglichkeit haben, mit Zug und Bus nach Hause zu fahren.

Es kann nicht sein, dass man einerseits Einkaufszentren auf der Grünen Wiese unterstützt und dann noch die Ladenöffnungszeiten liberalisiert, aber andererseits beim öffentlichen Nahverkehr Linien und Fahrzeiten einsparen will.

Platz für Zukunftsvisionen bietet der Haushalt 2007 nicht!

Kinder werden weniger – also werden 30 % bei der Kinder- und Jugendarbeit gestrichen. Voraussetzungen für Kindertagesstätten, für die Betreuung von unter 3jährigen, die ja erheblich mehr Personal verlangen, findet man nur am Rande. Ich hoffe nur, es kommt trotz des Geburtenrückgangs wirklich zu keinen weiteren Gruppenstreichungen und somit langfristig zur Chance auf genügend Krippenplätze.

Kinder und Jugend bilden die eine Seite – die andere Seite bilden die immer mehr werdenden Senioren. Aber auch hier wird gekürzt. Konzepte zu einer städtischen Seniorenarbeit sind kaum zu erkennen.

Zu unserem Antrag, den Elternanteil für die Kosten der Schulbücher für ALG II Empfänger zu erstatten:

Uns ist bewusst, dass durch die Hartz IV Regelung in den Familien Gelder für viele andere wichtige Dinge ebenfalls nicht enthalten sind – zum Beispiel

- dass es darüber hinaus keine Möglichkeit gibt, mit einem günstigeren Tarif den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen,
- dass selbst die ermäßigten Kosten für den Eintritt in Bäder ALG II Empfänger bzw. die Empfänger von Sozialgeld kaum zu finanzieren sind,
- dass die Kinder eigentlich sichere Fahrräder und Fahrradhelme benötigen und dass die Kosten von den Eltern nur sehr schwer aufzubringen sind.

Die Elternanteile für Schulbücher: nur ein Tropfen auf den heißen Stein – denn Hartz IV schafft Armut, auch in Kamen.

Demokratisch halte ich es für notwendig: der Rat als oberste Vertretung der Menschen in der Stadt braucht einen Sitzungssaal. Aber: In dieser Situation kommt es in der Öffentlichkeit nicht so gut<sup>an</sup>, wenn im Haushalt 680.000 Euro für die Renovierung des Ratstraktes ausgegeben werden sollen. Ich weiß, der Vergleich hinkt: doch man könnte die Schulbücher für die ALG II Kinder für mehr als 30 Jahre damit zahlen. Die Ratstraktrenovierung zu verschieben finde ich richtig.

Das Fazit:

die Kommunen brauchen mehr Mittel, um ihre Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Trotz leichter Besserung auf dem Arbeitsmarkt richtet sich unser Land mit 4 Millionen Arbeitslosen ein – und staunend werden Gewalt und Rechtsextremismus betrachtet.

Kommunen brauchen mehr Handlungsspielräume – und auch unternehmerische Möglichkeiten. Wenn ich jetzt die Vorschläge der Landesregierung nach deren Einschränkung höre, wird mir nicht nur um die öffentlichen Schwimmbäder angst und bange.

Denn es sind die Marktfundamentalisten in den Regierungsämtern, die mit ihren Sparprogrammen das Soziale am Staat wegschreddern, die öffentlichen Dienste verkommen lassen und so die Zukunft unserer Kinder belasten.

Es gilt das gesprochene Wort.

„~~Zwang zur Finanzierungspflicht~~“